

Sparen bis in den Tod

Sieben Milliarden Euro wollte France Telecom aus den Angestellten herauspressen. Kürzungen und Repressalien trieben 60 Beschäftigte in den Suizid. Nun wird die frühere Führung angeklagt

Von *Georges Hallermeyer*

Ist mutmaßlich für ein »Arbeitsklima der Angst« verantwortlich: Didier Lombard, früherer Vorstandsvorsitzender von France Telecom. Hier besucht er eine Präsentation in Paris (18. Januar 2010)

Foto: REUTERS/Charles Platiau



Es sind schwere Vorwürfe, die die Pariser Staatsanwaltschaft gegen die frühere Konzernleitung von France Telecom erhebt. Mit dem »Next«-Plan zur Restrukturierung des Unternehmens habe die Leitung »eine Unternehmenspolitik (betrieben), die darauf abzielt, Mitarbeiter zu destabilisieren, ein Arbeitsklima der Angst zu schaffen«. Man habe auf »Überlastung mit Arbeit« gesetzt, Druck ausgeübt, von »Einschüchterung bis hin zu Bedrohungen« nicht zurückgeschreckt. Weiterbildungen seien ungenügend gewesen, von den Beschäftigten habe man aber Mobilität gefordert. Unliebsame seien im Betrieb isoliert worden. Seit 2008/2009 habe der Konzern 22.000 Mitarbeiter geschasst und 10.000 durch Versetzungen und gleichzeitige Degradierungen zermürbt. So steht es in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft vom 22. Juni 2016.

Ergänzt worden sei das Vorhaben »Next« durch den Plan »Act«. Durch Einsparungen bei der »Ware Arbeitskraft« habe das Unternehmen etwa sieben Milliarden Euro an liquiden Finanzmitteln herauspressen wollen. Das erklärte Thierry Franchy, der zwischen 2009 und 2015 im Konzern eine Position innehatte, die in etwa der eines deutschen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gleicht, in der Zeitung *Le Humanité* vom 10. Juli.

Dass nun die Staatsanwaltschaft ermittelt, hängt mit den Folgen der Kürzungswut zusammen. Sie verursachte im Konzern eine Selbstmordwelle. Auf der mittleren Führungsebene des Konzerns entstand ein System des »Manager-Mobbings«. Angestellte, Techniker und auch Beamte hatten mit schlaflosen Nächten und Depressionen zu kämpfen. Insgesamt kam es zu 60 Suiziden – von den ungezählten Versuchen ganz zu schweigen.

Im Unternehmen wurde zunehmend erbittert gegen das Vorhaben angekämpft – und auch gestreikt. Nach drei Jahren mussten schließlich der Vorstandsvorsitzende Didier Lombard,

sein Stellvertreter sowie der Arbeitsdirektor ausgetauscht werden – was aber millionenschwere Abfindungen nicht ausschloss. Die Justiz ermittelte gegen die drei wegen »Harcelement moral«, was soviel heißt wie Mobbing. Strafanzeige hatte die Gewerkschaft SUD PTT wegen »fahrlässiger Tötung« gestellt. Grundlage der Untersuchung wurde neben den in Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Akten ein Bericht, der das Management schwer belastet. Im Papier der »Inspection du travail« (Arbeitskontrolle) heißt es: »Die Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit, die Nichtberücksichtigung der psychosozialen Risiken, die der Reorganisation geschuldet sind, sind das Ergebnis einer Politik, die im Laufe der Periode 2006–2009 auf dem gesamten Staatsgebiet in die Tat umgesetzt wurde.«

Nach dem Abgang der drei Konzernführer wurden die schlimmsten Auswüchse der Restrukturierungsmaßnahmen beendet. Der drastische Stellenabbau wurde beendet, ebenso das »Prinzip der Mobilität«. Dieses sah vor, dass die mittleren und höheren leitenden Angestellten alle drei Jahre versetzt werden mussten. Aus Marketinggründen benannte sich der Konzern zudem 2013 nach dem gleichnamigen Tochterunternehmen in »Orange« um.

Auch die »Politik der Verweigerung« fand ihr Ende, der neue Vorstandsvorsitzende Stephane Richard sprach wieder mit den Gewerkschaften. Die Selbstmorde wurden als Arbeitsunfälle anerkannt, Einsprüche dagegen wurden vom Konzern vor den Arbeitsgerichten zurückgezogen. Zweimal im Jahr wurden zudem Personalumfragen veröffentlicht, die von einer gewerkschaftlichen Beobachtungsstelle, dem »Observatoire du stress et des mobilités forcées«, geprüft wurden.

Diese Einrichtung hatte mit ihrer Dokumentation der Zustände im Telekommunikationsbetrieb die Anzeige gegen die frühere Führung angeschoben. Mit dem Prozess wollten die Gewerkschafter auch erreichen, dass andere Unternehmen, die mit ähnlichen Methoden arbeiten, abgeschreckt werden. Ob das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Der Prozess wird sich wohl über zwei Jahre hinziehen. Dass an seinem Ende ein hartes Urteil steht, darf bezweifelt werden.

Zudem dürfte eine ähnliche Anklage gegen andere Manager kaum mehr möglich sein. Die »Inspection du travail«, auf deren Bericht der Prozess fußt, wurde in ihren Kompetenzen beschnitten. Dafür ist ein Gesetz des derzeitigen Finanzministers Michel Sapin verantwortlich. Die Untersuchungsbehörde wurde personell ausgedünnt und ist nunmehr weisungsgebunden, also an die Kette gelegt.